



Außenwirtschaftsreport 2016

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen Industrie- und Handelskammern



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Außenwirtschaftsreport 2016

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen Industrie- und
Handelskammern

Steffen Behm
Dr. Ilja Nothnagel



Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

Mit dem DIHK-Außenwirtschaftsreport 2016 legt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) eine Einschätzung der IHK-Organisation zum außenwirtschaftlichen Umfeld und Handelsbeschränkungen vor. Grundlage für den Report sind die Erfahrungsberichte der IHK-Experten im Bereich Außenwirtschaft der 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) mit jährlich über 570.000 Kontakten zu international agierenden Unternehmen. Der Report erscheint seit dem Jahr 2009.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag
Bereich Außenwirtschaftspolitik und -recht
Berlin September 2016

| | |
|--------------------|--|
| Copyright | Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet |
| Herausgeber | © DIHK Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 3081000 Internet: www.dihk.de |
| Redaktion | DIHK – Bereich Außenwirtschaftspolitik und -recht Steffen Behm, Leiter des Referats Zoll Dr. Ilja Nothnagel, Leiter des Bereichs Außenwirtschaftspolitik und -recht |
| Stand | September 2016 |

Die Ergebnisse des Außenwirtschaftsreports 2016

Leichter Rückgang bei ausgestellten Ursprungszeugnissen, Sprung bei sonstigen Handelsdokumenten

Zahlreiche Drittstaaten verlangen bei der Einfuhr von Waren die Vorlage von Ursprungszeugnissen und anderen Unterlagen, die das Importgeschäft dokumentieren. Mit solchen Anforderungen überwachen die Behörden u.a. die Herkunft der Warenströme, um so beispielsweise Anti-Dumping-Maßnahmen oder Einfuhrbeschränkungen durchzusetzen. Aber auch unabhängig von staatlichen Vorgaben legen viele importierende Unternehmen im Empfangsland Wert auf ein die Ware begleitendes Ursprungszeugnis. Händler, die einen Weiterverkauf der Lieferung beabsichtigen, haben mit einem Ursprungszeugnis einen greifbaren Nachweis über die ursprüngliche Herkunft der Ware in der Hand. Das Ursprungszeugnis kann so als zusätzliches Verkaufsargument dienen und einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

In Deutschland sind neben den Handwerkskammern und den Landwirtschaftskammern insbesondere die Industrie- und Handelskammern (IHKs) für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen zuständig. Nach dem Rekordjahr 2014 war 2015 ein leichter Rückgang bei der Anzahl der ausgestellten Ursprungszeugnisse um 5,3 % auf rund 1.35 Mio. Stück zu verzeichnen. Hierbei ging vor allem die manuelle Ausstellung von Ursprungszeugnissen zurück und belief sich auf knapp 968.000. Dagegen blieb die Zahl der elektronisch erstellten Ursprungszeugnisse mit 385.000 nahezu unverändert. Ihr Anteil am Gesamtaufkommen erreicht inzwischen 28,5 %. Die Verschiebung hin zu einer elektronischen Abwicklung setzt sich damit fort.

Neben Ursprungszeugnissen bescheinigen die IHKs auch weitere für das Auslandsgeschäft deutscher Unternehmen erforderliche Handelsdokumente. Dies können beispielweise Handelsrechnungen, Packlisten oder auch Ge-

sundheitszertifikate sein, die in den Empfängerländern vorgelegt werden müssen, damit die entsprechenden Waren eingeführt und vertrieben werden dürfen. Mit einem Plus von 19,8 % gegenüber dem Vorjahr ist die Gesamtzahl der bescheinigten Außenhandelsdokumente erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen und erreichte 2015 die Marke von 528.000. Die Zunahme an elektronisch ausgestellten Bescheinigungen war besonders stark: Von 85.668 im Jahr 2014 stiegen sie auf 108.675 im Jahr 2015 – eine Steigerung um 26,9 %. Neben Ursprungszeugnissen stößt damit auch das elektronische Bescheinigen von sonstigen Handelsdokumenten bei Unternehmen auf stärkere Akzeptanz.

Carnet A.T.A. entwickelt sich leicht rückläufig

Für die vorübergehende Ausfuhr bestimmter Waren in einen Drittstaat bieten die IHKs interessierten Unternehmen sowie Privatpersonen einen speziellen Service an: Das Carnet. Mit diesem „Reisepass für Waren“ können beispielsweise Berufsausrüstung oder Messegüter in bestimmte Länder temporär ausgeführt werden, ohne vor Ort umständliche Zollprozeduren durchlaufen oder Bar-Sicherheiten hinterlegen zu müssen. Die Zahl der ausgestellten Carnets erreichte 2015 knapp 27.800. Mit einem Rückgang um rund 1.000 Stück im Vergleich zu 2014 setzte sich der leichte Abwärtstrend der Vorjahre fort.

Nachfrage nach Informationsveranstaltungen der IHKs ungebrochen

Die Zahl der von den IHKs durchgeführten Informationsveranstaltungen zu Außenwirtschaftsthemen und Zielmärkten nahm 2015 leicht zu und konnte damit das hohe Niveau des Vorjahres halten. Auf insgesamt mehr als 3.240 Infotagen, Seminaren, Workshops und Foren informierten und berieten die IHKs ihre Mitgliedsunternehmen. Mit knapp 84.600 Teilnehmern trafen diese Formate erneut auf gro-

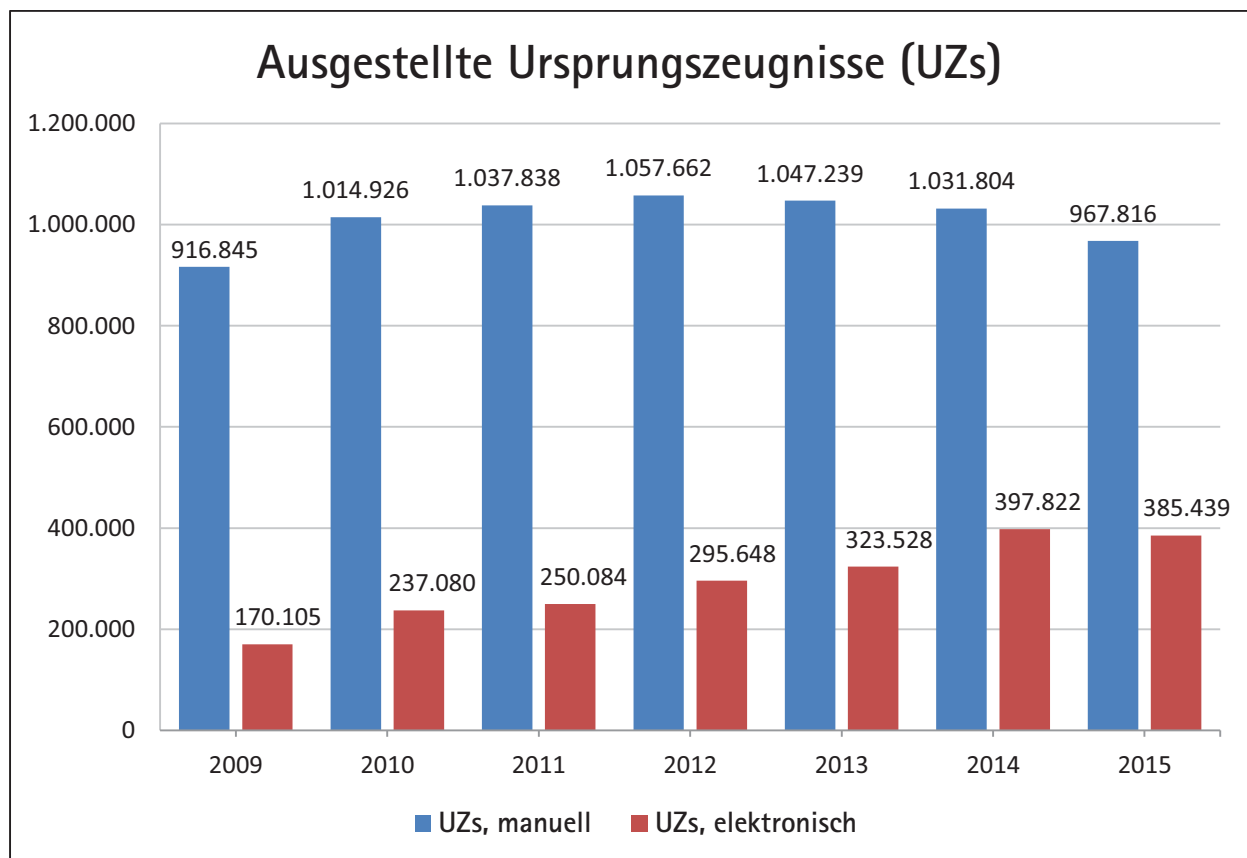
Be Resonanz. Oft dienen solche Plattformen als erster Kontaktpunkt mit Unternehmen, die sich außenwirtschaftlich engagieren wollen und führen zu langfristiger Betreuung durch die IHKs und AHKs. Thematisch befassten sich rund 1.700 Veranstaltungen mit dem Schwerpunkt Zoll- und Außenwirtschaft. Auf etwas mehr als 1.400 Ländertagen standen Marktchancen und Herausforderungen beim Markteintritt im Ausland im Mittelpunkt. Insgesamt bilden die genannten Veranstaltungen eine wichtige Säule im Dienstleistungsportfolio der IHKs, mit denen sie über die Bereitstellung erforderlicher Handelsdokumente hinaus aktiv ihre Mitgliedsunternehmen bei der Erschließung neuer Märkte unterstützen.

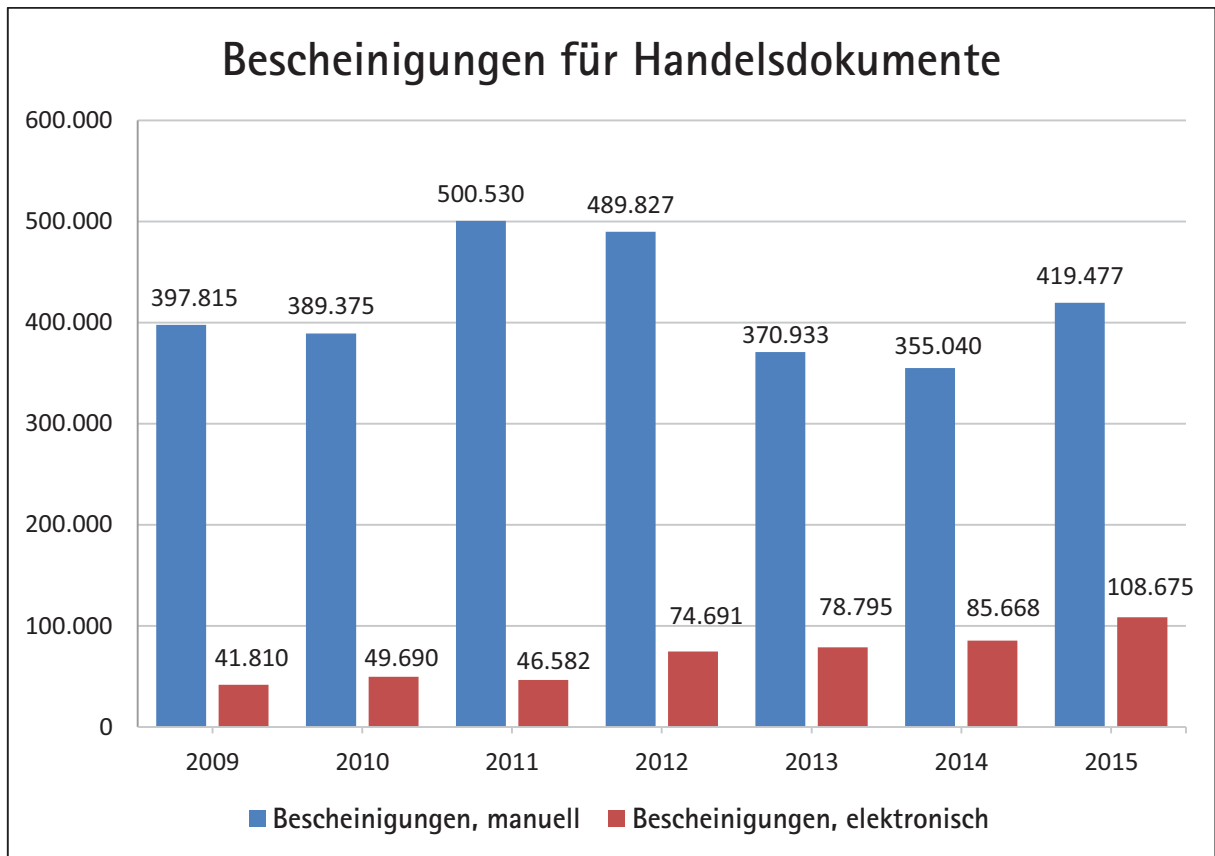
Individueller Beratungsbedarf erreicht Höchststand

In Ergänzung zu den Informationsveranstaltungen, die in der Regel auf eine breitere Zielgruppe abstellen, bieten IHKs den Unternehmen auch in individuellen Gesprächen kompetente und umfassende Beratung an. Gerade in

der unternehmensspezifischen Betreuung zu Fragen der Finanzierung und Abwicklung von Handelsgeschäften, zu Zollfragen, zur Exportkontrolle oder auch zum grenzüberschreitenden Umsatzsteuerrecht liegt eine Kernkompetenz der IHK-Organisation. In Kooperation mit den deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) werden bei Bedarf zudem konkrete Strategien des Markteinstiegs entwickelt, angefangen von Marktanalysen über Messebeteiligungen bis hin zur Geschäftspartnervermittlung.

Die Zahl der persönlichen Beratungsgespräche sowie der bearbeiteten telefonischen und schriftlichen Anfragen erreichte 2015 mit rund 572.000 den höchsten Stand seit Beginn der Umfrage im Jahr 2009. Davon entfielen ca. 411.000 auf Beratungen im Bereich Zoll- und Außenwirtschaftsrecht. Von den 161.000 sonstigen Beratungen entfielen ca. 140.000 auf Auskünfte zu konkreten Zielmärkten.





Iran und Russland im Zentrum des Interesses

Vor dem Hintergrund des im Juli 2015 mit dem Iran beschlossenen Joint Comprehensive Plan of Action zur Beilegung des Atomstreits ist im Jahr 2015 das Interesse der Unternehmen am Standort Iran spürbar gestiegen. Hier notierten 43 der 79 IHKs einen generellen Anstieg und weitere 26 sogar ein starkes Steigen des Beratungsbedarfs gegenüber dem Vorjahr. Nur acht IHKs nahmen keine Veränderung bei den Anfragen mit Iranbezug wahr.

Seit Beginn der Sanktionierung Russlands durch die EU im Sommer 2014 wächst der Bedarf für außenwirtschaftliche Beratungen und Informationen bei den IHKs stetig. So gingen 2015 in insgesamt 42 IHKs noch einmal mehr Anfragen zu Russland ein als im Vorjahr. Vier dieser Kammerbezirke verbuchten einen starken Anstieg. IHKs unterstützen die Unternehmen dabei, Informationen zu den Sanktionen zu erhalten und sich im schwierigen Geschäftsumfeld rechtssicher zu bewegen.

Türkei nahm mehr Raum in der Beratung ein

Der Informationsbedarf zum türkischen Markt weist für 2015 einen Aufwärtstrend auf. Zwar meldete mit 49 % knapp die Hälfte der IHKs ein gleichbleibendes Interesse ihrer Mitglieder an Informationen zur Türkei, jedoch verzeichneten 24 IHKs eine gestiegene Nachfrage nach Beratung zu außenwirtschaftlichen Themen. Ob sich dieser Trend angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen fortsetzen wird, ist derzeit offen. Aktuell verhalten sich Unternehmen eher abwartend.

China: Unverändert ein Schwerpunkt der Unternehmensanfragen

Der chinesische Markt bleibt weiterhin ein wichtiges Thema der Beratungsgespräche der IHKs. So berichten 56 der 79 IHKs keine Veränderung des bereits in den Vorjahren hohen Nachfrageniveaus der Unternehmen zu Themen rund um den Außenhandel mit China. Nur fünf meldeten einen Rückgang an Beratungen, wohingegen insgesamt 17 IHKs einen Anstieg sahen. Dabei wandelt sich die Art der Anfragen. Unternehmen sehen sich auf dem chinesischen

Markt neuen Herausforderungen gegenüber. Neben einem allgemein verlangsamten Wachstum verändert sich auch dessen Charakter. China befindet sich in einer Transformationsphase. Nach Jahren einer primär auf den Industriesektor fokussierten Wachstumsstrategie, soll die chinesische Wirtschaft nun durch eine stärkere Ausrichtung auf die Bereiche Konsum und Dienstleistungen diversifiziert und damit auf ein nachhaltigeres Fundament gestellt werden. Der Diversifizierungsdruck weg vom Industriesektor steigt zudem auch durch die Tatsache, dass einige Unternehmen ihre Produktion aufgrund steigender Löhne mittlerweile auf andere Standorte in Südostasien verlagern. Das Land spielt darüber hinaus auch verstärkt bei Anfragen deutscher Unternehmen zu Drittmärkten eine Rolle, auf denen der Konkurrenzdruck durch chinesische Anbieter steigt.

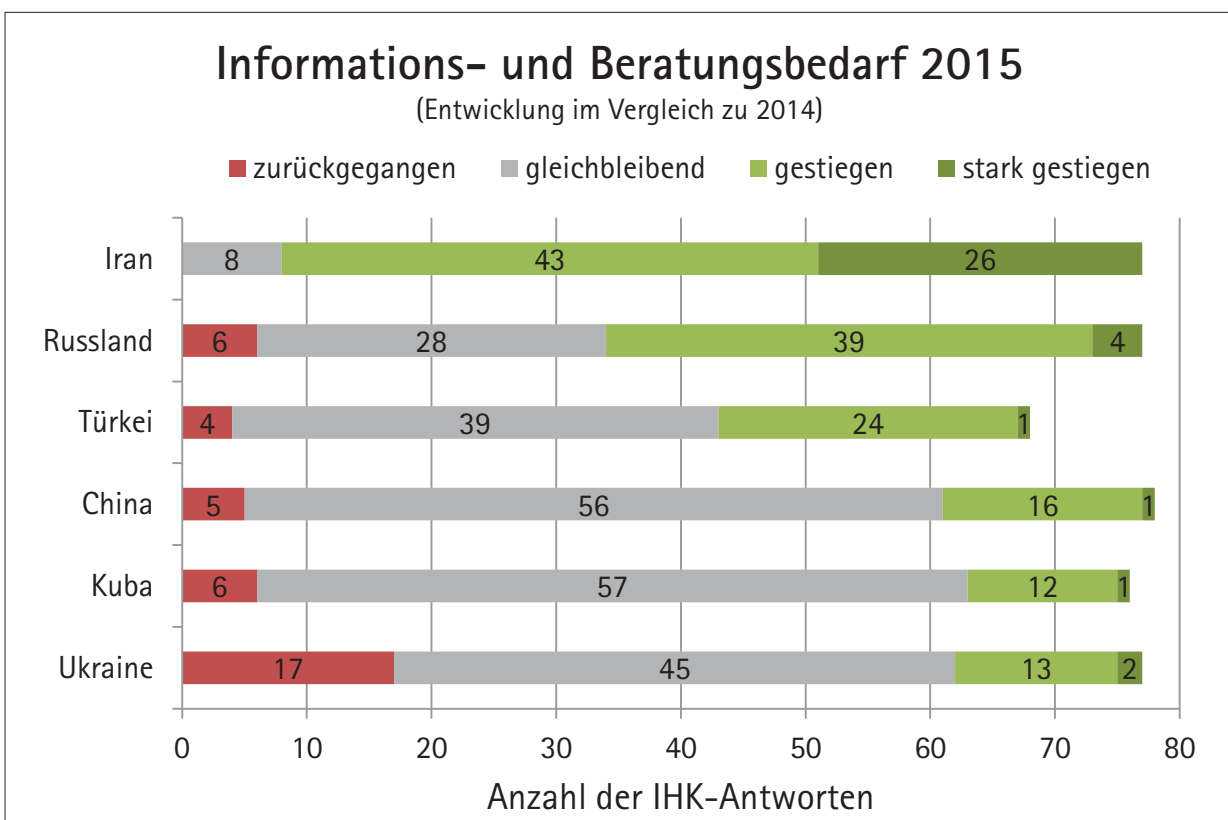
Kuba-Interesse noch verhalten

Die politische und wirtschaftliche Annäherung der USA und Kuba eröffnet auch deutschen Unternehmen neue Perspektiven. Mit Blick auf die Lockerung von Sanktionen und der zunehmenden Öffnung des Landes stehen viele Firmen in

den Startlöchern und besuchen das Land im Zuge von Delegationsreisen. Noch hält sich der konkrete Beratungswunsch seitens der Unternehmen jedoch in Grenzen. Lediglich 13 IHKs verzeichneten einen Anstieg an individuellen Beratungen zum kubanischen Markt im Vergleich zu 2014. Die große Mehrzahl von 57 IHKs berichtete jedoch noch von einem gleichbleibenden Beratungsniveau.

Ukraine: Beratungsbedarf stagniert

Die Sicherheitslage im Osten der Ukraine ist nach wie vor unübersichtlich und das Geschäftsumfeld daher unverändert schwierig. Wie im Vorjahr zeichnen die Rückmeldungen der IHKs zur Ukraine daher auch 2015 ein geteiltes Bild. 45 IHKs meldeten ein gleichbleibendes Beratungsaufkommen. 17 IHKs berichten, dass ihre Unternehmen weniger Beratungen zur Ukraine anfragten, wohingegen 15 IHKs mehr Auskünfte erteilten als noch 2014.



Blick auf 2016

Mit der Frage „Zu welchen Ländern und Themen war der Beratungsbedarf im ersten Halbjahr 2016 am größten?“ gibt der Außenwirtschaftsreport einen ersten Ausblick auf die Beratungsschwerpunkte des laufenden Jahres. Darunter sind auch die schon im Jahr 2015 besonders relevanten Länder. Einen großen Raum nahmen aufgrund der Reform des EU-Zollrechts allerdings auch Anfragen zu Neuerungen im Zoll-Bereich ein.

Großes Interesse bestand im ersten Halbjahr 2016 am Iran. Seit dem Implementation Day am 16. Januar 2016 ist ein Großteil der Sanktionen gegen das Land aufgehoben. Die IHKs berichten von steigenden Nachfragen ihrer Unternehmen im Zusammenhang mit Ausfuhrgenehmigungen, mit der Abwicklung von Liefergeschäften sowie mit Firmengründungen. Neben neuen Geschäftspartnern sind viele Firmen bestrebt, alte Geschäftsbeziehungen wiederzubeleben. Eine Herausforderung beim Neustart des Irangeschäftes bleiben u.a. die teilweise fortbestehenden US-Sanktionen und damit die Regulierungsunterschiede zwischen EU und US-Recht. Die sogenannten „primary sanctions“ verbieten US-amerikanischen Firmen und Personen bis auf wenige Ausnahmefälle weiterhin jegliche Geschäftsbeziehungen mit dem Iran. Dies hat auch Auswirkungen auf deutsche Unternehmen, die z.B. amerikanische Mitarbeiter beschäftigen oder bei deren Produkten Vormaterialien mit einem US-Anteil von mehr als 10 % verbaut werden.

Größtes Hemmnis für deutsche Ausfuhren in den Iran bleibt jedoch nach wie vor das Thema Finanzierung. Obwohl seit Juni 2016 Ausfuhrleistungen des Bundes (Hermes-Bürgschaften) zur Absicherung von Exportfinanzierungen wieder möglich sind, halten sich deutsche Banken weiterhin zurück.

An zweiter Stelle folgten Anfragen zum neuen Unionszollkodex (UZK), der seit 1. Mai 2016 vollständig angewendet wird. An die IHKs herangetragene Fragen betrafen u.a. zusätzlich eingeführte Voraussetzungen bei der Neuerteilung zollrechtlicher Bewilligungen, bspw. für den „Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten“, sowie Übergangsregelungen bei bestehenden Be-

willigungen, z.B. für Verwahrlager. Insbesondere die im UZK getroffene Neuformulierung der Langzeit-Lieferantenerklärung war Anlass zahlreicher Nachfragen bei den IHKs.

Platz drei belegte mit 25 Nennungen bei den Schwerpunktthemen der US-amerikanische Markt. Hier waren die IHKs zu Themen wie Markterschließung, Liefergeschäft, Exportkontrollrecht, Investitionen, Unternehmensgründung und Quellensteuern gefordert. Unter anderem führten neue Luftfrachtbestimmungen der US-Behörden zu zahlreichen Rückfragen. Aber auch Fragen zum Fortgang der Verhandlungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) spielten in den ersten sechs Monaten des US-Wahljahres eine große Rolle im Beratungswesen der IHKs.

Weiterhin im Fokus standen Anfragen zur Türkei. Die politische Situation in diesem Jahr führte zu einem erhöhten Informationsbedarf bzgl. möglicher Risiken beim Türkeigeschäft. Abseits der politischen Entwicklungen verliert die Türkei als Wirtschaftsstandort jedoch auch aufgrund neuer Handelshemmnisse an Attraktivität. Anfragen betrafen u.a. neue Bestimmungen zur Produktzertifizierung. Beispielsweise verlangt das Turkish Standard Institute seit Anfang 2016 bei der Einfuhr elektrischer Geräte die Vorlage bislang nicht erforderlicher Prüfzertifikate, etwa zu deren elektromagnetischen Eigenschaften (EMC) und zur elektrischen Sicherheit (LVD). Bislang war in vielen Fällen das europäische CE-Kennzeichen ausreichend, mit dem der Hersteller bestätigt, dass das Produkt den geltenden EU-Richtlinien entspricht.

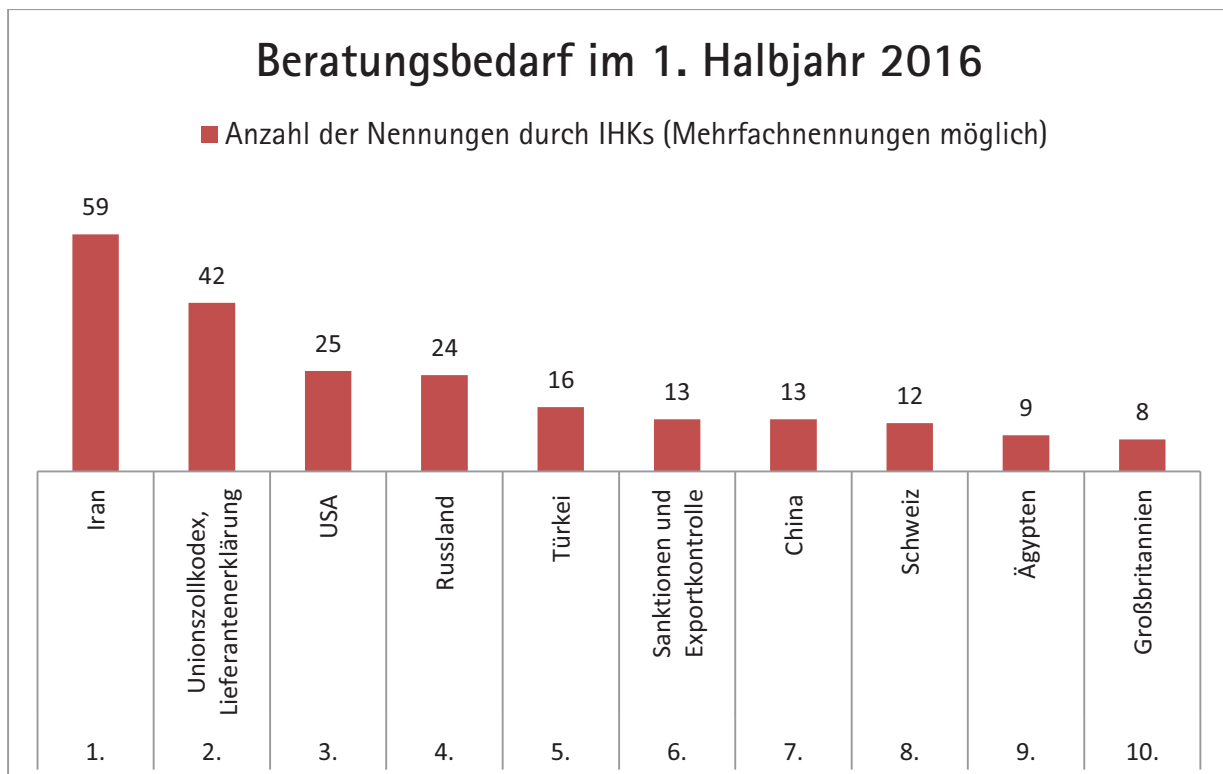
Des Weiteren erschweren zusätzliche Dokumentationspflichten bei Solarpanelen und Textilien den Marktzugang für deutsche Firmen. Die neue Importregelung bei Solarpanelen sieht die Vorlage eines Überwachungsdokumentes vor, dass zur Berechnung der Mehrwertsteuerabgaben herangezogen wird. Die bereits seit längerer Zeit für bestimmte Textilien geltende Registrierungspflicht bei der Einfuhr mittels der „Export Registry Form“ wurde im Frühjahr 2016 auf weitere Warentarifnummern ausgeweitet.

Neben der Beratung zu länder-, güter- oder personenspezifischen Sanktionsvorschriften unterstützen IHKs betroffene Unternehmen auch

bei allgemeinen Fragen zum Verfahren der Exportkontrolle und stehen bei etwaigen Antrags- und Genehmigungsverfahren kompetent zur Seite. Dieses Thema gehört traditionell zum Kerngeschäft der IHKs. 13 IHKs gaben an, dass der Beratungsbedarf im ersten Halbjahr 2016 besonders groß war.

Auch die Schweiz nimmt mit zwölf Nennungen einen festen Platz bei IHK-Beratungen ein. Dienstleistungserbringung und Carnet-Bestimmungen sind oft nachgefragte Inhalte.

Auf den weiteren Plätzen folgen Ägypten und Großbritannien. Bei Beratungen zu Ägypten kamen u.a. Probleme bei der Anerkennung und Legalisierung von Handelsdokumenten durch Konsulate und Zollbehörden sowie neue Registrierungspflichten bei Importen bestimmter Produktgruppen zur Sprache. Das Brexit-Votum der Briten zum Austritt aus der Europäischen Union sorgte im Juni 2016 für Verunsicherung und führte zu vermehrten Anfragen der Unternehmen bei ihren IHKs



Fazit:

Die individuelle Beratung und Unterstützung der Mitgliedsunternehmen durch die IHKs gewinnt vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Internationalisierung von Produktionsprozessen und Lieferbeziehungen weiter an Bedeutung. Dies gilt insbesondere angesichts der Zunahme nichttarifärer Handelshemmnisse in vielen Teilen der Welt. Diesbezüglich helfen

IHKs betroffenen Unternehmen nicht nur bei der Bewältigung konkreter Problemfälle. Darüber hinaus bündelt die IHK-Organisation Informationen zu neuen Hürden im internationalen Handel. Als Dachverband macht der DIHK die politischen Entscheidungsträger in Berlin, Brüssel – aber auch in den Partnerländern – auf ebene Schwierigkeiten aufmerksam und sucht gemeinsam nach Lösungen.

Zahlen zur Umfrage

Außenwirtschaftsreport 2011 - 2015

| Zahlen aus: | 2011 | Veränderung zum Vorjahr in % | 2012 | Veränderung zum Vorjahr in % | 2013 | Veränderung zum Vorjahr in % | 2014 | Veränderung zum Vorjahr in % | 2015 | Veränderung zum Vorjahr in % |
|-----------------------------------|-----------|------------------------------|-----------|------------------------------|-----------|------------------------------|-----------|------------------------------|-----------|------------------------------|
| Bescheinigungswesen | | | | | | | | | | |
| Carnet ATA | 29.420 | 0,4 | 30.355 | 3,2 | 29.296 | -3,5 | 28.779 | -1,8 | 27.772 | -3,5 |
| Ursprungszeugnisse (UZs), manuell | 1.037.838 | 2,3 | 1.057.662 | 1,9 | 1.047.239 | -1,0 | 1.031.804 | -1,5 | 967.816 | -6,2 |
| UZs, elektronisch | 250.084 | 5,5 | 295.648 | 18,2 | 323.528 | 9,4 | 397.822 | 23,0 | 385.439 | -3,1 |
| Bescheinigungen manuell | 500.530 | 28,5 | 489.827 | -2,1 | 370.933 | -24,3 | 355.040 | -4,3 | 419.477 | 18,1 |
| Bescheinigungen elektronisch | 46.582 | -6,3 | 74.691 | 60,3 | 78.795 | 5,5 | 85.668 | 8,7 | 108.675 | 26,9 |
| Ursprungszeugnisse gesamt | 1.287.922 | 2,9 | 1.353.310 | 5,1 | 1.370.767 | 1,3 | 1.429.626 | 4,3 | 1.353.255 | -5,3 |
| Bescheinigungen gesamt | 547.112 | 24,6 | 564.518 | 3,2 | 449.728 | -20,3 | 440.708 | -2,0 | 528.152 | 19,8 |
| UZs/Bescheinigungen gesamt | 1.835.034 | 8,5 | 1.917.828 | 4,5 | 1.820.495 | -5,1 | 1.870.334 | 2,7 | 1.909.179 | 2,1 |
| | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | |
| Auskünfte und Beratungen | | | | | | | | | | |
| Zoll und Außenwirtschaftsrecht | 343.083 | -2,5 | 375.033 | 9,3 | 370.721 | -1,1 | 357.672 | -3,5 | 410.835 | 14,9 |
| Sonstige | 183.379 | -0,0 | 136.298 | -25,7 | 175.381 | 28,7 | 183.783 | 4,8 | 161.429 | -12,2 |
| Gesamt | 526.462 | -1,6 | 511.331 | -2,9 | 546.102 | 6,8 | 541.455 | -0,9 | 572.264 | 5,7 |
| | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | |
| Veranstaltungen | | | | | | | | | | |
| Zoll und Außenwirtschaftsrecht | 1.590 | 18,6 | 1.700 | 6,9 | 1.654 | -2,7 | 1.716 | 3,7 | 1.701 | -0,9 |
| Ländersprechtage | 1.401 | 6,1 | 1.342 | -4,2 | 1.385 | 3,2 | 1.372 | -0,9 | 1.437 | 4,7 |
| Sonstige | 216 | 107,7 | 195 | -9,7 | 227 | 16,4 | 108 | -52,4 | 104 | -3,7 |
| Gesamt | 3.207 | 15,9 | 3.237 | 0,9 | 3.266 | 0,9 | 3.196 | -2,1 | 3.242 | 1,4 |
| | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | |
| Teilnehmer | | | | | | | | | | |
| Zoll und Außenwirtschaftsrecht | 38.812 | 15,7 | 37.994 | -2,1 | 35.997 | -5,3 | 36.604 | 1,7 | 37.351 | 2,0 |
| Ländersprechtage | 40.033 | -1,3 | 42.939 | 7,3 | 39.286 | -8,5 | 39.932 | 1,6 | 41.948 | 5,0 |
| Sonstige | 8.564 | 186,1 | 6.784 | -20,8 | 11.198 | 65,1 | 4.498 | -59,8 | 5.293 | 17,7 |
| Gesamt | 87.409 | 13,4 | 87.717 | 0,4 | 86.481 | -1,4 | 81.034 | -6,3 | 84.592 | 4,4 |